

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 15. Ratssitzung vom 19. September 2018

373. 2017/317

Postulat von Martin Götzl (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 13.09.2017: Konzept für eine Unterstützung von Gewerbebetrieben bei einschränkenden städtischen Bauprojekten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Martin Götzl (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3266/2017): Wer weiter denkt, kauft näher ein. Wer ökologisch und ökonomisch versiert ist, ist sich bewusst, dass das Gewerbe in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter schwierigen Voraussetzungen litt. «Euro», «Preisgefälle», «Internethandel» und «Billigware» sind nur wenige Stichworte, die diesbezüglich genannt werden können. Ich werde erläutern, warum wir den Vorstoss einreichen, wie die Forderungen ökonomisch unkompliziert umgesetzt werden können und die politische Sichtweise und die Sichtweise auf Zürich aufzeigen. In einer Fraktionserklärung berichteten wir bereits über ein langjähriges Unternehmen im Kreis 11, das im Lebensmittelhandel und der Lebensmittelproduktion tätig war und 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigte. Nach insgesamt 67 erfolgreichen Geschäftsjahren folgte aufgrund von grösseren Umbauarbeiten vor ihrem Geschäft die Insolvenz und Schliessung. Die 35 Mitarbeitenden und 150 Angehörigen verloren ihr sicheres Einkommen. Während ihrer Arbeit konnten sie auf eine langjährig zufriedene Kundschaft im Quartier zurückblicken. Neben diesem sehr bedauernswerten Fall begleiteten wir innerhalb von zwölf Monaten zwei weitere Fälle: Ein im Quartier sehr beliebtes Gastronomieunternehmen in Hottingen musste ohne Vorwarnung oder Kommunikation der Stadt täglich zwei bis drei Stunden zusätzlich vor dem Betrieb Reinigungsarbeiten verrichten, weil dort plötzlich ein grosser Steinhaufen lag. Diese massive Beeinträchtigung geschah ohne offene Kommunikation oder Lösungssuche durch die Stadt. Gleichzeitig sperrten Umbauarbeiten an einer Strasse einem Garagenbetrieb die Ausfahrt zu. Wollte man bei diesem Betrieb mit 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Probefahrt machen, war das nun nicht mehr möglich. Diese Beispiele zeigen, wie die Politik der Stadt und das Verständnis gegenüber Gewerbebetreibenden die Luft zum Leben abschnürt. Wir sind der Auffassung, dass solche Geschäftsinsolvenzen und existenzbedrohende Situationen vermieden werden können, indem wir den KMU die Möglichkeit bieten, dass wir während den Umbauphasen gemeinsam Lösungen finden. Ein Lebensmittelverkaufender Betrieb kann einen Antrag machen: Die Stadt soll ihn während dem Umbau unterstützen, indem einer der städtischen Betriebe in dieser Zeit gewisse Produkte bei diesem Unternehmen einkauft – Produkte, die der Betrieb ohnehin braucht. Damit wird dem Unternehmen die Möglichkeit geboten, zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften, die verloren gingen. In der Stadt besteht eine Wiederankurbelungsmassnahme. Es wurde hier also bereits befunden, dass den Betrieben nach der Fertigstellung der Umbauarbeiten die Möglichkeit geboten wird, mit Toleranz der Stadt ein Einweihungsfest zu veranstalten. Es handelt sich hierbei um eine positive Massnahme, die aber nicht aus-*

reicht. Wir fordern existenzfördernde Massnahmen. Unsere politische Sichtweise ist, dass in Zürich das Gewerbe stirbt. Das sind KMU und insbesondere Quartierläden, weil sich das rotgrüne Etablissement lediglich für Flanierende und Fahrradfahrende interessiert. Das ist ersichtlich, denn der Stadtrat ist nicht bereit, das Postulat zur Prüfung der Forderung entgegenzunehmen. Die KMU, die die meisten Arbeitsplätze in der Stadt schaffen, werden nicht unterstützt – es muss zur Umkehrung kommen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Es handelt sich um ein Anliegen, dessen Absicht zu begrüessen ist. Es bleibt aber die Frage, wie die Forderungen umgesetzt werden können. Wenn ein Altersheim bei einem durch eine Baustelle beeinträchtigten Betrieb einkaufen soll, muss bedacht werden, dass das Altersheim bereits bei einem Betrieb regelmässig einkauft, was vertraglich geregelt ist. Diese Verträge können nicht für einigen Wochen oder Monate ausgesetzt werden. Und wenn es sich bei einem betroffenen Betrieb beispielsweise um einen Coiffeursaloon handelt, ist diese geforderte Unterstützung noch weniger möglich. Wir müssen uns an vorhandene Verträge sowie an Submissionsverordnungen halten und grössere Aufträge ausschreiben. Die Stadt betreibt keine Baustellen, um das Gewerbe zu ärgern. Wir setzen uns stets für ein möglichst schnelles Fertigstellen von solchen Umbauten ein, informieren auch immer im Voraus und bieten die Einsprachemöglichkeit. Aus meiner Erfahrung kann ich bestätigen, dass wir am selben Tag vor Ort sind, um die Signalisation zu verbessern, um Zufahrten zu verbessern und um alles zu unternehmen, damit die Gewerbetreibenden in der Nähe einer Baustelle – und auch die Bewohnenden – möglichst wenige Unbill von der Baustelle tragen müssen. Wir bauen nicht, um das Gewerbe zu verärgern, sondern um die Stadt zu erhalten, zu unterhalten und zu verbessern. Schliesslich profitieren auch die Betriebe von der funktionierenden Strasse und von der funktionierenden Kanalisation. Eine Baustelle vor dem eigenen Haus – das kann allen geschehen, die an einer Strasse wohnen. Wir bieten möglichst viele Ansprech- und Einsprachemöglichkeiten. Konstruktive Vorschläge zur Verbesserung nehmen wir gerne entgegen. In der im Postulat geforderten Form ist es aber nicht möglich, das Gewerbe zu unterstützen.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): *Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat zu, möchte aber differenzieren. Bauprojekte sind für Anwohner meist belastend. Bei betroffenen Gewerbetreibenden sind Bauprojekte nicht bloss unangenehm, sondern vor allem auch für den Umsatz belastend. Zürich trägt für alle Menschen in der Stadt eine Verantwortung und muss diese wahrnehmen. Darum ist es auch in unseren Augen unabdingbar, dass bei grösseren Bauprojekten die Belastung für die Bevölkerung und das Gewerbe während der Bauphase berücksichtigt und entsprechend minimiert wird. Die Stadt muss in diesen Fällen mit Gewerbetreibenden Rücksprache halten und für die störungsfreie Aufrechterhaltung des Betriebs sorgen. Wir lehnen hingegen deutlich ab, dass die Stadt direkt bei den Betroffenen Waren beziehen soll. Ein solcher Eingriff in das städtische Submissionswesen halten wir für unangebracht, auch weil das zu illegalen Begünstigungen füh-*

ren könnte. Bei diesem Postulat geht es uns um Massnahmen wie hindernisfreie Zugänge zu Ladenlokalen und um die Aufrechterhaltung der Sichtbarkeit des Gewerbes im öffentlichen Raum, aber auch um das Ermöglichen temporärer Parkplätze während den Baumassnahmen. Wir unterstützen das Postulat, nicht aber die Begründung.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir lehnen das Postulat inhaltlich und formell ab. Wir sind uns bewusst, dass es nicht immer leicht ist, ein KMU wirtschaftlich führen zu können. Auf Kleinbetriebe haben verschiedene Risiken Einfluss. Auch ist uns bewusst, dass etliche Risiken vorhanden sind, die zu existenzgefährdenden Situationen führen können. Die Postulanten greifen einen spezifischen Aspekt auf: eine Baustelle und der Verlust von Parkplätzen. Es sind aber andere Risiken vorhanden, seien es technologische Veränderungen, Umwälzungen im Wettbewerb oder der Konkurs eines Lieferanten. Wenn nun bei den Unternehmensrisiken ein spezifischer Bereich herausgegriffen und auf einen Mikrobereich reduziert wird, in dem das Risiko von städtischen aber nicht privaten Bauarbeiten ausgehen, stellt sich die Frage, wie man sich die Umsetzung der Forderung konkret vorstellt. Wir können uns nicht vorstellen, wie einem Ladenbesitzer, der durch Baustellen eines privaten Eigentümers unter Druck gerät, erklärt werden soll, wieso dieser nicht auf die hier geforderten Aufträge der Stadt zählen kann, während die von den durch die Stadt ausgelösten Baustellen Betroffenen diese Aufträge verlangen können. Abgesehen davon haben die vorgeschlagenen Massnahmen aus unserer Sicht nichts mit einer KMU-freundlichen Stadt zu tun. Sie hat aus unserer Sicht nicht den Auftrag, KMU beim Risikomanagement zu unterstützen, sondern muss in ihrer Standortpflege darum bemüht sein, unternehmensfreundliche und wettbewerbsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen, indem sie beispielsweise die KMU von Bürokratie und anderen Vorschriften entlastet. Schliesslich sind wir auch nicht überzeugt, dass jede Baustelle zu Einbussen führt. Eine allumfassende Lösung existiert nicht und die Stadt ist nicht in der Lage, eine solche zu finden. Unternehmensrisiken müssen alle KMU für sich erübrigen, weshalb sie auch unsere Achtung verdienen.

Claudia Rabelbauer (EVP): Die EVP vertritt eine ähnliche Meinung wie die SP: Die Begründung befürworten wir nicht, wir befürworten es aber, dass gefordert wird, Massnahmen zu prüfen, weshalb wir den Vorstoss unterstützen. Bauarbeiten können ein Gewerbe tatsächlich existenziell treffen. Gewerbler schaffen Arbeitsplätze, generieren Steuern und bieten der Bevölkerung wichtige Dienstleistungen und Produkte an. Die Stadt muss deswegen ein Interesse daran zeigen, dass die Gewerbler nicht ihre Existenz verlieren, wenn vor ihrem Betrieb gebaut wird. Ein wichtiger Aspekt sind die Kundenparkplätze. Wenn diese wegfallen, schwindet der Umsatz nachweislich. Die Stadt kann in solchen Fällen beispielsweise Ersatzparkplätze zur Verfügung stellen oder unbürokratisch einen Umschlagparkplatz temporär anbieten. Ein unbürokratisches Anbringen von Werbungen und Beschilderungen für das Finden des Ladens während den Bauarbeiten kann ebenfalls hilfreich sein. Was den betroffenen Gewerbler aber am meisten helfen wird, wissen diese selbst, weshalb die Stadt auf sie eingehen muss. Wir wollen eine gewerbefreundliche Stadt und unterstützen darum das Postulat.

Eduard Guggenheim (AL): Das Anliegen im Postulat halten wir für berechtigt, denn für gewisse Gewerbebetriebe kommt es zu schwierigen Situationen. Andererseits müssen

wir aber auch STR Richard Wolff recht geben: Die Stadt bemüht sich, Lösungen im Einzelfall zu finden. Es bestehen aber auch Situationen, bei denen eine solche Lösung sehr spät oder erst im Nachhinein eintraf. Positiv einzuschätzen ist, dass im Postulat nicht Geld verlangt, sondern Unterstützung gefordert wird. Der Stadtrat soll ein Konzept erstellen und Massnahmemöglichkeiten aufzeigen. Für Bauarbeiten, die zu Behinderungen von mehr als einem Monat führen, soll ein Vorschlag präsentiert werden. Die Baustellenprobleme sind in allen Quartieren der Stadt in verschiedener Dringlichkeit vorhanden. Die AL unterstützt das Postulat und erwartet, dass differenzierte und moderate Lösungs-ideen entstehen.

Samuel Balsiger (SVP): «Behandle andere, wie du selbst behandelt werden willst.» Dieser Spruch passt in diese Situation. Die Stadt will nicht, dass ihre Einnahmen wegfallen und dass sie behindert wird. So kritisiert sie laut, dass mit der Unternehmenssteuerreform III Einnahmen in der Höhe von 180 Millionen Franken wegfallen würden, obwohl das im Vergleich zum Budget von 9 Milliarden Franken nur einen kleinen Teil bedeutet. Die Stadt möchte nicht durch äussere Einflüsse behindert werden, behindert aber Kleinunternehmer so stark, dass nicht nur ein kleiner Teil des Umsatzes wegfällt, sondern dass ein existenziell grosser Teil wegfällt. Den einleitenden Spruch berücksichtigend sollte die Stadt zumindest die Bereitschaft zeigen, eine Lösung zu finden und das Postulat entgegen zu nehmen.

Stephan Iten (SVP): Wir unterstellen dem Tiefbauamt nicht, dass es absichtlich das Gewerbe beeinträchtigt, das formulieren wir auch nicht im Vorstoss. Als im Kreis 5 viele Parkplätze wegen Baustellen besetzt wurden, präsentierten wir einige konstruktive Vorschläge, die aber unbeantwortet blieben. Konstruktive Vorschläge von unserer Seite werden schlichtweg ignoriert. Mit dem Postulat fordern wir, dass Unternehmen geholfen wird, wenn grössere Baustellen vor Ort entstehen. Wenn Kunden wegbleiben, hat das substantielle Folgen. Das Projekt am Central etwa zeigte, dass viele Gewerbebetriebe wegen des Baulärms oder des Staubs unzufrieden waren, weil das zu Kundenausfall führte. Das muss ernst genommen und auf Unterstellungen verzichtet werden.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Ich will unterstreichen, dass die SVP mit dem Vorstoss auf breite Zustimmung und Wohlwollen stösst. Das ablehnende Votum von STR Richard Wolff ist nicht als gewerbeablehnend einzuschätzen, sondern in erster Linie als formale Ablehnung. Die meisten Fraktionen sind sich einig, dass pragmatisch Möglichkeiten geprüft werden sollen. Wir bleiben trotz den Vorwürfen bei der Unterstützung des Postulats und hoffen auf einen pragmatischen Umgang mit der Problemstellung.

Walter Anken (SVP): Aufgrund von Bauarbeiten kam es zu Fällen von Insolvenz. Dazu darf es aber nicht kommen. Uns sind die Arbeitsplätze des Gewerbes wichtig: Sie müssen bei der Planung von Bauarbeiten berücksichtigt werden. Eine Strasse muss nicht über mehrere hundert Meter hinweg aufgerissen und über Monate hinweg offen bleiben, während eine Zufahrt nicht mehr gewährleistet wird. Es muss möglich sein, dass im Gespräch mit den Gewerbetreibenden während der Planungsphase eine konkrete Lösung gefunden wird. Nur eine Ansprechperson zu stellen, hilft nicht. Die Bauzeit muss möglichst kurz sein. So kann eine Strasse vielleicht nur bis in die Hälfte des Gebäudes auf-

5 / 5

gerissen werden, damit zumindest die andere Hälfte zugänglich bleibt. Es bestehen viele praktische Möglichkeiten zur Problemlösung. Für das Funktionieren braucht es aber einen entsprechenden Willen.

Martin Götzl (SVP): *Die Stadt würde laut STR Richard Wolff sehr viel für die Gewerbebetriebe machen, so bestehen etwa Einsprachemöglichkeiten. Im beschriebenen Fall des Familienunternehmens schöpften diese aber alle zur Verfügung stehende Mittel aus, standen im Kontakt mit der Stadt und wiesen von Anfang an auf das drohende Unheil hin, dass aufgrund der Baustelle der Betrieb nicht nachhaltig gesichert werden kann. Dieses Beispiel zeigt, dass die Forderung im Postulat sehr sinnvoll und weitblickend ist. Wir brauchen Entwicklungen für die Zukunft, für das Gewerbe, die Forschung, die Innovation, die Digitalisierung, die Mobilität, die Lebensbildung und für den Arbeitsraum. Die Stadt benötigt eine verantwortungsvolle, nachhaltige Gewerbepolitik. 98 Prozent unserer Gewerbetreibenden sind KMU. Es ist sehr erfreulich, dass mehrere Parteien breit abgestützt das Postulat überweisen werden. So können wir den Gewerblern in Bezug auf städtische Bauarbeiten eine existenz- oder lebenserhaltende Massnahme oder mehrere Massnahmen anbieten. Wir müssen gewerbefreundlicher werden, weil das im Sinn der Nachhaltigkeit und verantwortungsvoll ist.*

Das Postulat wird mit 107 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat